

DAS "KRAFTWERK VOGELSANG" 1943 BIS 1945

Historische Darstellung und Bestandsdokumentation



Kraftwerksruine, Blick vom Hochwasserdeich (SO)



Der Ruinenkomplex von Süden, im Vordergrund das Kohlenbrecherhaus



Kraftwerksruine, Blick von Südwesten

Der Bauherr

Die 1909 gegründete Märkisches Elektrizitätswerk A.G. (MEW) entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg zum führenden Stromversorger für den Raum Brandenburg, Pommern, Mecklenburg und Niederschlesien. Die Aktienmehrheit des Unternehmens befand sich seit dieser Zeit in öffentlicher Hand. Den Hauptanteil seiner Erzeugerkapazität lieferte das ab 1923 in Finkenheerd, knapp zehn Kilometer südlich von Frankfurt (Oder) errichtete Braunkohlekraftwerk. Während des Nationalsozialismus erfolgte ein kontinuierlicher Ausbau der Kraftwerksleistung. Erforderlich machten dies der zunehmende Energiebedarf der Rüstungswirtschaft, aber auch die expansive Marktpolitik der Konzernleitung.

Sofort nach Kriegsbeginn versuchte das MEW sein Versorgungsgebiet auf das vom Deutschen Reich annektierte westpolnische Gebiet zu erweitern. Das Unternehmen profitierte davon, daß sein Generaldirektor, Wilhelm Zschintzsch, in Personalunion mehrere energiewirtschaftliche Schlüsselämter bekleidete. Als Initiator des sogenannten Wärmekraft-Sofortprogramms propagierte er ab 1942 den Neubau von typisierten Großkraftwerken zur Deckung des durch die wachsenden Kriegsanstrengungen verursachten Energiebedarfs. Vorgesehen war der Bau von zehn "Einheitskraftwerken" mit einer Maschinenleistung von jeweils 300 Megawatt. Fünf von ihnen wurden ab Frühjahr 1943 nach Zuteilung hoher Dringlichkeitsstufen in der ersten Ausbaustufe begonnen. Zu den Begünstigten gehörte auch das MEW, welches sein neues Werk in Fürstenberg (Oder), rund zehn Kilometer südlich seines Stammwerks in Finkenheerd errichten ließ.

Der Standort

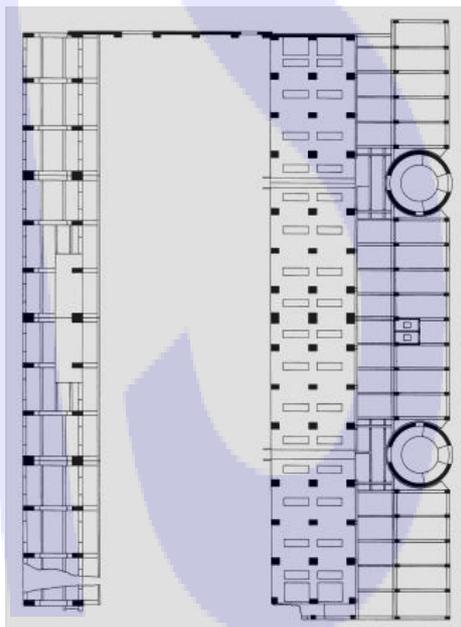
Unmittelbar vor Kriegsbeginn plante das MEW den Neubau eines weiteren Großkraftwerks. Nachdem solche Projekte in der ersten Kriegsphase zurückstehen mußten, erbrachte das Wärmekraft-Sofortprogramm die erhoffte Realisierungsmöglichkeit. Der vom MEW aus konzenstrategischen Gründen favorisierte Standort bei Havelberg an der Elbe fand dabei nicht die Billigung der staatlichen Entscheidungsträger. Die Wahl fiel auf Fürstenberg, weil die Ausbeutung des dortigen Braunkohlevorkommens trotz des teilweise unter Tage vorzunehmenden Abbaus kriegswirtschaftlich Vorrang genoß. Die Möglichkeit zum direkten Anschluß der Kühlwasserzirkulation an einen großen Flußlauf war dort ebenso gegeben.

Das an der Mündung des Oder-Spree-Kanals gelegene Fürstenberg entwickelte sich nach 1940 von einem durch die Binnenschifffahrt geprägten Provinzstädtchen zu einem aufstrebenden Industriestandort. Ausschlaggebend hierfür war neben seiner guten verkehrsmäßigen Erschließung seine vom westlichen Kriegsschauplatz weit entfernte Lage und die daraus abgeleitete Sicherheit vor Luftangriffen. Hinzu kam das im Kriegsgefangenenlager M Stalag III B vorhandene Potential an Arbeitskräften. So wurden in der zweiten Kriegshälfte neben Fremdarbeitern und jüdischen KZ-Häftlingen vor allem sowjetische Kriegsgefangene zum Einsatz in den örtlichen Industriebetrieben gezwungen.

Der Degussa-Konzern begann 1941 in Fürstenberg mit der schrittweisen Errichtung eines großen Chemiekomplexes. Dieser sollte die verschiedenen Produktionssparten des Unternehmens bündeln und im Endausbau bis zu 2.500 Menschen beschäftigen. Zusammen mit dem vom MEW eingeleiteten Braunkohleabbau veranlaßte dies die Planungsbehörden zu weitreichenden Zukunftsentwürfen für den Wirtschaftsstandort Fürstenberg. Zur Deckung ihres Bedarfs an Elektroenergie verpflichtete die Degussa frühzeitig das MEW, Energieintensiv war vor allem die vorgesehene Carbidherstellung. Ein Teil der neuen Kraftwerkskapazität war damit für lokale industrielle Abnehmer bestimmt, der Löwenanteil jedoch sollte ins Fernleitungsnetz eingespieist und weiträumig verteilt werden.



Bodenplatte des Einlaufbauwerks



Deckenspiegel Erdgeschoß (links Mittelschwerbau, rechts Nebenkesselhaus)

Das Kraftwerk

Mit Schreiben vom 15. Februar 1943 billigte der Generalinspektor für Wasser und Energie als maßgebliche Reichsbehörde das Bauvorhaben. Baubeginn war nach erfolgter Beteiligung der örtlichen Stellen der 1. April 1943. Das erste Halbwerk sollte vier Bensonkessel und zwei Turbinengruppen mit je 75 Megawatt Leistung umfassen. Im späteren Endausbau wäre noch einmal dieselbe Maschinenleistung installiert und die vorgesehene Gesamtkapazität von 300 Megawatt erreicht worden.

Bis zur Erschließung des westlich angrenzenden Braunkohlefelds sollte das Kraftwerk über den Winterhafen von Fürstenberg und über einen Gleisanschluß mit oberschlesischer Steinkohle beliefert werden.

Das Kraftwerksgelände befindet sich in einem Auengebiet am linken Oderufer, etwa drei Kilometer nördlich des Ortskerns von Fürstenberg. Dicht hinter dem Hochwasserdeich gelegen, wurde als zusätzlicher Überschwemmungsschutz der Baugrund um 2,5 Meter aufgeschüttet. Der realisierte Kraftwerksblock bekam Außenmaße von etwa 70 x 80 Meter. Er gliederte sich in drei große Baukuben: das zentral angeordnete und mit 30 Meter Höhe dominierende Kesselhaus, die westlich angrenzende Turbinenhalle und der östliche Gebäuderiegel mit den Kohlebunkern und Rauchgasfiltern. Der Ostriegel erhielt zwei weithin sichtbare Schornsteine von annähernd 100 Meter Höhe und 9 Meter unterem Durchmesser.

Der Bau wurde fast vollständig in Stahlbeton konstruiert, nur die Dächer von Kessel- und Turbinenhaus erhielten aufgestelzte Stahlfachwerkbinder. Den Entwurf lieferte der vom MEW verpflichtete



Stirnseite des Kohlenübergabebunkers

Architekt Heinrich Zeller. Die Gesamtbausumme war auf 8,57 Mio Reichsmark veranschlagt. Parallel zum Fürstenberger Einheitskraftwerk wurden vier weitgehend identische Anlagen im südlichen Brandenburg (Trottendorf), in Sachsen (Berzdorf) und in Oberschlesien (Jaworzno und Lagischa) begonnen; die beiden letzteren entstanden unter Einsatz mehrerer tausend Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz.

Baudurchführung

Die Umsetzung des Projekts gestaltete sich als ein Wettlauf gegen die Zeit. Die erste Maschine sollte bereits im Oktober 1944 anlaufen. Zur Wahrung dieses Termins war die Vollendung des Kesselhauses bis Dezember 1943, die des Maschinenhauses bis Juni 1944 gefordert. Im April 1944 erging die Genehmigung zur Weiterarbeit bei Luftangriffen. Personallengpässe und Lieferschwierigkeiten für die Apparaturen warfen den Baufortgang bis Mitte 1944 um mehrere Monate hinter das Soll zurück. Die Fertigstellung zweier Kesselgerüste sowie der Montagebeginn der Heizflächen wurden am 1. August 1944 gemeldet. Die wesentlichsten Bauarbeiten hoffte man nun bis Weihnachten 1944 abschließen zu können. Das erreichte Bauvolumen wurde am 1. Januar 1945 auf 86 Prozent, der Stand der Maschinenmontage auf 29 Prozent des Gesamtumfangs beziffert. Kurz vor Stilllegung der Baustelle am 31. Januar 1945 erfolgte noch der Probelauf einer Maschine.

Die Verwirklichung des Bauvorhabens stützte sich von Beginn an auf den strikten Einsatz von Zwangsarbeitern. Im März 1943 erwartete das MEW die Überstellung von 750 jüdischen KZ-Häftlingen zur Durchführung der ersten Arbeiten. Bis Juni 1943 errichtete es auf einer Anhöhe südwestlich des Kraftwerksgeländes ein sogenanntes Arbeitergemeinschaftslager. Den zunächst aufgestellten sechs Wohnbaracken wurden bis Kriegsende drei weitere hinzugefügt. Das Lager war im Januar 1944 mit 1.023 Personen belegt, darunter allein 705 sowjetische Kriegsgefangene. Diese waren einer dramatischen Mangelversorgung und den rücksichtslosen Methoden der Wachmannschaften ausgesetzt. Der herrschende Zeitdruck sowie die Schwere der Erd- bzw. Betonarbeiten auf der Baustelle, unter Tage und in den Kiesgruben nahe des Lagers lassen auf sehr harte Arbeitsbedingungen schließen.

Gebäudeschicksal

Im Februar 1945 überwandene sowjetische Verbände nördlich von Fürstenberg die Oder und erstürmten das Kraftwerk. Zahlreiche Geschobtreffer an der östlichen Gebädefront zeugen von massivem Beschuß. Bis zu ihrem weiteren Vorrücken im April 1945 blieben die sowjetischen Kräfte im Bauwerk verschanzt. Der von deutscher Seite vorgenommene Versuch zur Rückeroberung scheiterte verlustreich. Die Mehrzahl der von der Waffen-SS dazu rekrutierten Jugendlichen fanden den Tod.

Auch nach Kriegsende ging das Kraftwerk nicht ans Netz. Bis 1947 wurde seine Ausstattung durch die sowjetische Besatzungsmacht demontiert und abtransportiert. Anschließend nutzten Ortsansässige den Gebäudekomplex als Steinbruch. Zurück blieb eine Ruine, welche die nächsten Jahrzehnte unangetastet überdauerte. Ab Mitte der siebziger Jahre bis zum Ende der DDR fanden in ihr paramilitärische Übungen der Betriebskampfguppen und der Gesellschaft für Sport und Technik statt. Schon zu dieser Zeit bildete das von der Natur zurückeroberte Areal einen idealen Lebensraum für bedrohte Vogelarten und Fledermäuse. Im Sommer 1998 sollte aus Gründen mangelnder Verkehrssicherheit der Totalabriss erfolgen. Zur Deckung der sich auf 2,5 Mio DM belaufenden Abrisskosten standen Fördermittel der Europäischen Union bereit. Naturschützer stoppten den Fortgang der Sprengarbeiten durch juristische Schritte. Die Kommune verfolgt weiterhin den Abruch der verbliebenen Baulichkeiten. Im Januar 2001 wurde das Kraftwerksareal durch Gerichtsbeschluß dem Land Brandenburg zugewiesen.



Bahndamm des demontierten Anschlußgleises